Handelsblatt 11./12.03.2011

Der deutsche Sozialstaat –

Bisher hat es in Deutschland keinen Sozialabbau gegeben. Aber das wird sich ändern. Der Wohlfahrtsstaat, das deutsche Heiligtum, hat keine Chance, die von ihm gemachten Versprechen zu erfüllen. *Ein Essay von Gabor Steingart.*

Berlin: Ex-Außenminister Joschka Fischer (oben) stellte am Mittwoch das neue Buch von Handelsblatt-Chefredakteur Gabor Steingart (Foto rechts, Mitte) vor. Die Präsentation von „Das Ende der Normalität. Nachruf auf unser Leben, wie es bisher war" moderierte Wolfgang Nowak, Geschäftsführer der Alfred Herrhausen Gesellschaft (re).

Das Volk versteht das meiste falsch, aber fühlt das meiste richtig", sagte einst Kurt Tucholsky. In der Sozialstaatsdebatte beweist sich die Richtigkeit seines Bonmots. Große Teile der Deutschen sind regelmäßig empört, wenn die heutigen Politiker an einer der Stellschrauben des Wohlfahrtsstaats drehen. „Sozialabbau! Kürzungsorgie! Umverteilung von unten nach oben!" wird dann gerufen.

Diese Empörung beruht auf einer falschen Einschätzung. Wahr ist, der Wohlfahrtsstaat verdreifachte seine Ausgaben in den vergangenen 25 Jahren, selbst in den vergangenen zehn Jahren konnte er sie noch um 20 Prozent steigern. Auch nach Abzug der Preissteigerungsraten ergibt sich ein Anstieg. Deutschland wird also immer sozialer. Die Steuer hat man den Armen nahezu komplett erlassen, das Arbeiten zum Teil auch. Jeder zweite Deutsche geht keinerlei Beschäftigung nach, sei es, dass er zu jung oder zu alt oder zu krank ist. Oder sich auch nur so fühlt.

Von der anderen, der arbeitenden und steuerzahlenden Hälfte sind es auch wieder nur 50 Prozent, die durch die Zahlung von Lohn- oder Einkommensteuer einen nennenswerten Obolus in die Staatskasse einzahlen. Die „untere Hälfte" der Steuerzahler trägt keine sechs Prozent zur gesamten Lohn- und Einkommensteuer bei. 80 Prozent der Einnahmen daraus stammen vom „oberen Drittel" der Steuerbürger - die Menschen, die man vorwurfsvoll „Besserverdiener" nennt.

Die Wahrheit verhält sich also umgekehrt proportional zur Wahrnehmung: Täglich findet in Deutschland eine Umverteilung von oben nach unten statt. Die Kundschaft des deutschen Sozialstaats erfährt eine Fürsorglichkeit, wie wir sie sonst nur bei den Großfamilien der Urvölker antreffen, wo einer den anderen füttert. Man betrachte nur den steil steigenden Ausgabeposten staatliche Erziehungshilfe. 5,4 Milliarden Euro wurden 2010 dafür ausgegeben, das ist annähernd dreimal so viel, wie wir den Afrikanern als Entwicklungshilfe überweisen.

Die Erziehungshelfer, die in manchen Kommunen auch Familienhebammen genannt werden, greifen überall dort ein, wo Kinder hungrig, verstört oder verlottert in der Schule erscheinen oder gar nicht. Das idyllische Gütersloh gab im vergangenen Jahr für eine einzige Familie 286 000 Euro aus, weil alle fünf Kinder Erziehungshilfe benötigten. Bundesweit werden derzeit eine halbe Million Kinder und Heranwachsende auf diese Art von Vater Staat betreut.

Es gab in Deutschland bisher keinen Sozialabbau. Was in der Öffentlichkeit als solcher bezeichnet wird, meint die Umverteilung von der einen Bedürftigengruppe zur nächsten. Der Hartz-IV-Empfänger stellt den Gürtel ein Loch enger, die alleinerziehende Mutter weitet ihn. Der Rentner legt eine Rentenerhöhungspause ein, bei den Familien wird zur gleichen Zeit das Kindergeld aufgestockt. Alle Beteiligten wissen, dass bei diesem Spiel sich die ganz große Aufregung nicht lohnt. Die nächste Runde wird andersherum gespielt.

Die Ängste derer, die das Verschwinden sozialstaatlicher Nachkriegsnormalität befürchten, sind dennoch nicht aus der Luft gegriffen. Die Menschen frösteln im Voraus. Es wird so kommen, wie sie alpträumen. Das Funktionsversagen des Wohlfahrtsstaates ist unterwegs. Wäre der Sozialstaat ein Lebensmittel, dann könnte man ihn noch genießen, aber sein Haltbarkeitsdatum wäre abgelaufen. Kein noch so großartiger Exporterfolg, auch nicht die stärksten Winde der Konjunktur werden sein Versagen verhindern. Der Wohlfahrtsstaat verliert an Energie, weil seine Energiezufuhr gedrosselt wird. Noch stehen die geburtenstarken Jahrgänge in Saft und Kraft. Der kräftige Wirtschaftsaufschwung unserer Tage ist ihr Werk. Das demografische Problem wirkt - entgegen der öffentlichen Wahrnehmung - noch gar nicht. Deutschland lebt noch immer von jener altmodischen Normalität, als Mann und Frau Kinder zeugten und nicht nur Sex hatten.

Doch aus fehlenden Babys werden bald schon fehlende Arbeiter und Angestellte. Der produktive Kern des Landes zieht sich zusammen, derweil die Kruste sich ausweitet. Die Jungen werden seltener, und die Alten werden älter. Die größte und langlebigste Rentnergeneration der europäischen Geschichte ist im Anmarsch.

Der moderne Sozialstaat lässt sich mit der guten alten Dampflok vergleichen: Wenn weniger Heizer weniger Kohlen schippen, geht der Eisenbahn der Dampf aus. Nur wenn neue Heizer von irgendwoher aufspringen, egal ob aus Hamburg-Eppendorf, Weißrussland oder dem Orient, kann der Zug sein Tempo halten. Nur dann wird der Wohlfahrtsstaat die gemachten Zusagen erfüllen.

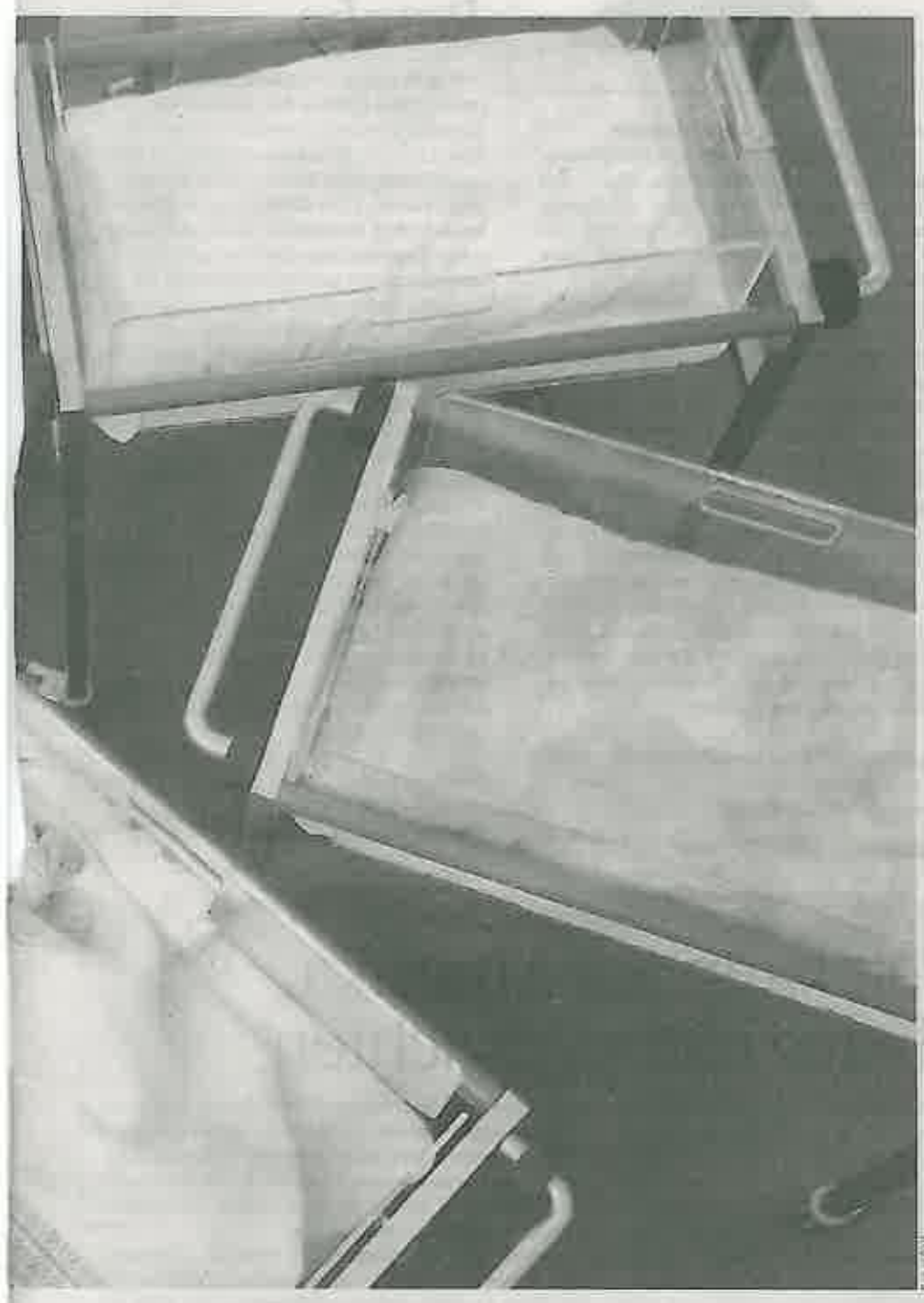
> Wollten die Deutschen die Zahl ihrer Erwerbspersonen halten, dann müssten bis zum Jahr 2050 rund 25 Millionen Menschen zuwandern. Das ist genauso utopisch wie die Zusagen des Wohlfahrtsstaats.

Bis zum Jahr 2050 aber geht Deutschland jedes Jahr eine 200 000-Einwohner-Stadt verloren. Wer verstehen will, wie eine solche Schrumpfung das Land verändert, nehme eine Schere und die große Deutschlandkarte von Shell. Nun schneide er die entsprechende Zahl der Städte heraus, 40-mal eine Stadt so groß wie Kassel. Am Ende des Experiments sieht die Landkarte ziemlich löchrig aus. Das Deutschland des Jahres 2050 wäre ein Deutschland ohne Kassel, Marburg, Gießen, Aachen, Augsburg, Braunschweig, Bielefeld, Bochum, Bonn, Chemnitz, Dresden, Duisburg, Essen, Halle, Karlsruhe, Kiel, Krefeld, Magdeburg, Oberhausen, Gelsenkirchen, Wuppertal, Düsseldorf, Potsdam, Nürnberg, Würzburg - und die beiden Frankfurts würden auch noch fehlen.

Die Vereinten Nationen haben herausgefunden, dass die Deutschen, um die Zahl ihrer Erwerbspersonen zu halten, in den nächsten 40 Jahren gebären müssten wie die Hasen. Oder aber sie müssten ihre Grenzen für eine jährliche Nettozuwanderung von rund 500 000 gut ausgebildeten und dann viel verdienenden Menschen öffnen. Das würde bis zum Jahr 2050 den Zuzug von 25 Millionen Ausländern bedeuten. Dann wären 2050 genauso viele Heizer auf der Lok wie heute.

Die Zahlen der Vereinten Nationen sind sauber berechnet, aber utopisch zu erreichen. So utopisch wie die Einhaltung der vom Wohlfahrtsstaat gemachten Versprechen. Das Verhältnis von Passagieren zu Heizern verschlechtert sich zu unseren Lebzeiten dramatisch. Waren es in den 60er-Jahren vier Heizer, die für einen Passagier zuständig waren, so sind es heute nur drei; im Jahr 2050 werden zwei Heizer für einen Passagier sorgen. Im Jahr 2030 wird die Auszahlung der gesetzlichen Rentenkasse nur noch 40 Prozent des durchschnittlichen Bruttogehalts eines Arbeitlebens ausmachen. Ende

Normalität auf Abruf



der 50er-Jahre war die Auszahlung noch doppelt so hoch. Für die Mehrzahl der Rentner würde es keinen Unterschied mehr machen, ob sie Rente oder Sozialhilfe beziehen. Aus dem versprochenen Lohn für Lebensleistung wird eine Existenzsicherung.

Das angekündigte Ende der sozialstaatlichen Normalität schmerzt viele so sehr, dass sie es nicht wahrhaben möchten. An geraden Tagen verlangen sie von ihrer Regierung Klarheit und Wahrheit, an ungeraden Tagen nehmen sie es ihr übel. Die Bürger selbst haben zwar den Generationenvertrag gekündigt, indem sie das Kinderkriegen in ausreichend großer Kopfzahl einstellten. Aber das ändert nichts an ihrem Trennungsschmerz.

Das Ende der sozialstaatlichen Normalität bedeutet das Ende der letzten großen Selbstverständlichkeit in Deutschland. Wieder stirbt eine Kirche, mit dem Unterschied, dass in diesem Fall alle Bürger die Sakramente des Wohlfahrtsstaates gern noch weiter empfangen hätten. Die Deutschen treten aus dem Wohlfahrtsstaat nicht aus, sie werden ausgetreten. So empfinden sie es.

Die Folgen dieses geschichtsmächtigen Vorgangs sind in ihrer Dramatik zu lindern, aber nicht zu lösen. Wir sollten die Schreiben der Rentenversicherung als das betrachten, was sie sind, mystische Zeugnisse einer untergehenden Epoche, Grüße aus der Vergangenheit, die erst heute zugestellt werden. Diese Schreiben sind eher eine Unterabteilung der Literatur, die Wahrheit werden wir auf ihnen niemals gedruckt finden. Die lautet: Die Altersarmut wird in den deutschen Alltag zurückkehren. In der ärztlichen Versorgung ist der Einzug der Mehrklassenmedizin unvermeidbar. Das Machbare ist nicht mehr das für alle Bezahlbare. Aus dem Rentenbeitrag wird bald schon eine Sondersteuer, weil alle heute unter 35-Jährigen mehr einzahlen, als sie später herausbekommen werden.

Die Politiker versuchen, die aufkeimende Unruhe, die Angst vor zu frühem Tod und finanzieller Überforderung mit neuen Versprechungen zu dämpfen. Der Immobilienschatz der Deutschen sei groß und werde über die Jahre staatlicher Dürre hinweghelfen. Am Arbeitsmarkt könnte es bald schon zu Vollbeschäftigung kommen, womit der Sozialstaat viel Geld spare. Ohnehin dürften die Aufwendungen des Staates bei sinkender Bevölkerung zurückgehen.

> Der Staat muss sich in den nächsten Jahren an schrumpfende Einwohnerzahlen anpassen. Deutschland wird weiter exportieren, aber weniger Menschen werden die Früchte des Erfolgs genießen.

Doch die neuen Versprechungen sind so trügerisch wie die vorherigen. Der Immobilienschatz wird durch das Schrumpfen der Wohnbevölkerung eher entwertet. In einem weltweiten Arbeitsmarkt werden auch künftig nur die gut Ausgebildeten und Tüchtigen ihr Auskommen finden. Das Gespenst der Nutzlosigkeit, vor dem Richard Sennett warnt, wird für die Ungebildeten und Ungelernten wohl nie mehr verschwinden.

Und der Staat? Er dürfte keine nennenswerte demografische Dividende kassieren. Mit aufwendigen Umstellungsarbeiten wird er befasst sein: U-Bahn-Netze müssen ausgedünnt, Buslinien geschrumpft, Krankenhäuser fusioniert, Schulen und Regierungsbezirke zusammengelegt werden, damit der heutige Apparat nicht das Land erdrückt. An die großen Kostenblöcke, die Renten und Beamtenpensionen, kommt er ohnehin nur um den Preis eines Aufstandes heran. Allein die Gruppe der Staatsdiener im Ruhestand wird sich in den kommenden 30 Jahren um 50 Prozent erhöhen und alle Hoffnung auf eine demografische Dividende völlig zunichtemachen.

Da Fleiß und Erfindungsreichtum nicht aussterben, wird Deutschlands Wirtschaft weiter produzieren, wahrscheinlich auch weiter erfolgreich exportieren. Aber an den Früchten dieser Erfolge werden nicht alle teilhaben können. Das ist kein Wunsch und keine Forderung. Das ist die Wirklichkeit, die auf das deutsche Haus zukommt. Vor vielen Jahrzehnten ist sie losgelaufen. Bald wird sie an die Tür klopfen. Unsere sozialstaatliche Normalität ist eine Normalität auf Abruf.

Anmerkung: Dieses so deutlich aufzuschreiben wird in Deutschland gern als Sozialstaatskritik bezeichnet. Das ist aber das falsche Etikett. Es handelt sich vielmehr um Sozialstaatsrealismus. Der Sozialstaatsrealist weiß das Wünschenswerte von der Wirklichkeit zu unterscheiden. Seine Grundeinstellung ähnelt der von Gustave Courbet, einem Maler des Realismus. Auf die Frage, warum er Frauen wirklichkeitsgetreu male und nicht, wie in seiner Zeit üblich, als Engel, hat er geantwortet: „Bringt mir einen Engel ins Studio. Dann male ich ihn."

Gabor Steingart ist seit April 2010 Chefredakteur des Handelsblatts. Zuvor hat Steingart 20 Jahre für den „Spiegel" gearbeitet. Er stieß als 28-Jähriger zu dem Nachrichtenmagazin und war sechs Jahre lang Ressortleiter Wirtschaft in Hamburg. Danach leitete er sechs Jahre das Hauptstadtbüro des „Spiegels" in Berlin. Im Sommer 2007 wechselte er als Büroleiter nach Washington. Der Text ist ein Auszug aus seinem neuesten Buch: „Das Ende der Normalität. Nachruf auf unser Leben, wie es bisher war."

Fast ein Drittel der gesamten Wertschöpfung wird durch den Sozialstaat umverteilt – mit steigender Tendenz.

Bei über 30 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) liegt der Anteil der Sozialausgaben in Deutschland. Dabei entfällt mit 38 Prozent der gesamten Ausgaben der Löwenanteil auf den Bereich „Alter und Hinterbliebene". Kurz dahinter kommt mit 35 Prozent „Krankheit und Invalidität", wie sich aus dem „Sozialbudget 2009" ergibt, das die Bundesregierung im vergangenen Mai veröffentlicht hat.

Sozialleistungsquote* in %

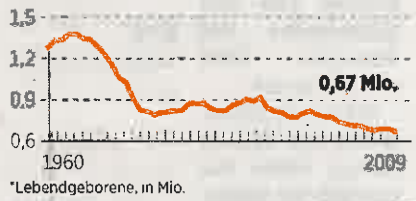
*Sozialleistungen im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt
Handelsblatt Quelle: BMAS

Weitere große Positionen sind noch „Kinder, Ehegatten und Mutterschaft" mit 13 Prozent und „Arbeitslosigkeit" mit knapp sieben Prozent.

Insgesamt hat sich der Anteil der Sozialausgaben am BIP, wie die obere Grafik zeigt, in den letzten Jahrzehnten um rund zehn Prozentpunkte erhöht. Gefahr droht dem Sozialstaat aber vor allem, weil die Bevölkerung schrumpft, wie der Geburtenrückgang (untere Grafik) deutlich macht, und gleichzeitig die Menschen immer älter werden. Beides zusammen führt dazu, dass das Durchschnittsalter erheblich steigt. Gerade die Ausgaben, die mit Alter und Krankheit zusammenhängen, werden damit deutlich zunehmen. Denn es ist eine statistisch gut belegte Erfahrung, dass die Krankheitskosten mit steigendem Alter deutlich anwachsen.

Die Sozialleistungen werden zu 33 Prozent durch die Arbeitgeberbeiträge zu den Sozialversicherungen und zu knapp

Geburten*



*Lebendgeborene, in Mio.
Handelsblatt Quelle: Destatis

27 Prozent durch die Beiträge der Versicherten finanziert – der Rest entfällt auf den Staat.

Die Struktur der Institutionen spiegelt die der Ausgaben wider. Knapp 32 Prozent des Geldes fließt durch die Träger der Rentenversicherungen, gut 21 Prozent durch die Krankenversicherungen, auf die Arbeitslosenversicherung entfallen fünf Prozent. Die direkten staatlichen Leistungen wirken dagegen fast schon bescheiden. So erreichen „Kindergeld und Familienlastenausgleich" nur fünf Prozent der Ausgaben. Die Sozialhilfe macht drei Prozent aus, die „Grundsicherung für Arbeitssuchende" knapp sechs Prozent. fw